



LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)
DER LANDRAT

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter
am 10.02.2015
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Wilfried Behrens
Abg. Jürgen Borngräber
Abg.e Doris Brandt
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Bernd Sievert
Abg.e Thea Tomforde

Vertretung für Abg. Hans-Hermann Engelken

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
KVD'in Imke Colshorn
Gleichstellungsbeauftragte Ute Pommerien
KOAR Harald Glüsing
VA Nina Mikoleit
VA Ulrich Schumann
VA Marcus Oberstedt
VA Janthe Schröder
VA Diana Altun
KA Kristin Sonnenberg

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung vom 09.12.2014
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Besetzung des örtlichen Beirates für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0970
- 6 Sachstand zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Migration und Teilhabe“ beim Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0972
- 7 Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
Vorlage: 2011-16/0971
- 8 Sachstand zum ESF-Projekt „Wegweiser Jugend & Beruf“
Vorlage: 2011-16/0973
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Borngräber eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Abg.e Brandt bemängelt den späten Sitzungsbeginn und regt angesichts der allgemeinen Termindichte an, solche Änderungen zuvor abzustimmen und nicht pauschal auf Wunsch einzelner Personen vorzunehmen. Vors. Borngräber sagt zu, entsprechende Abweichungen zukünftig nur bei allgemeinem Einverständnis zuzulassen.

Vors. Borngräber übergibt an KVD´in Colshorn, die sich dem Ausschuss als neue Dezernentin des Bereiches Soziales, Jugend und Gesundheit kurz persönlich vorstellt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Vors. Borngräber nimmt Bezug auf die zu genehmigende Niederschrift über die 18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter am 09.12.2014. **KOAR Glüsing** weist auf einen Fehler auf Seite 5 des Protokolls hin. Bei dem Produkt 31.2.02 habe der für die Erhöhung in Zeile 18 insgesamt vorgeschlagene Erhöhungsbetrag 45.000,- € betragen, wovon der für die Migrationsarbeit eingeplante zusätzliche Betrag auf 25.000,- € (und nicht auf 15.000,- €) gelautet habe und der übrige Erhöhungsbetrag von 20.000,- € auf den Müttertreff entfiel.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter vom 09.12.2014 wird mit der besprochenen Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

KVD in Colshorn weist auf das Veranstaltungsangebot der Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit hin, die für das Jahr 2015 wieder verschiedene Kurse und Seminare anbietet. Im März und Mai finde eine Informationsveranstaltung zum Thema „Ehrenamt und Sozialleistungen – Worauf ist zu achten“ statt.

KOAR Glüsing nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage und – ergänzend hierzu – die ausgegebene Tischvorlage, auf der die bei Erstellung der Einladung noch nicht bekannten Mitglieder und Ersatzmitglieder nunmehr namentlich benannt sind. Für Herrn Harry-Peter Bauer werde ein Ersatzmitglied benötigt, da Herr Bauer die Berufsbildenden Schulen verlasse. Derzeit sei noch nicht bekannt, wer Herrn Bauer ersetze. Der Name des Ersatzmitglieds werde zu gegebener Zeit – wenn möglich noch vor der Entscheidung des Kreistages – mitgeteilt.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Als Mitglied und Ersatzmitglied für den örtlichen Beirat beim Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) werden berufen:

für die Kreishandwerkerschaft
Mitglied: Ernst-Ulrich Pfeifer

für die Industrie- und Handelskammer
Ersatzmitglied: Siegfried Deutsch

Als Ersatzmitglied für den örtlichen Beirat beim Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird abberufen:

für die berufsbildenden Schulen
Ersatzmitglied: Harry-Peter Bauer

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Sachstand zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Migration und Teilhabe“ beim Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2011-16/0972

Vors. Borngräber wendet sich mit der Bitte an VA Altun und VA Schröder, dem Ausschuss über die bisherige Arbeit der Koordinierungsstelle zu berichten. **VA Altun** verweist auf das vorbereitete Schaubild (*Anmerkung der Protokollführerin: das Schaubild ist dem Protokoll als **Anlage 1 beigefügt***) und stellt die formulierten Ziele erneut kurz dar. Grundlage bilde die Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote und handelnden Akteure im Landkreis, um anschließend Bedarfe zu analysieren und aufzuzeigen. Durch die Einbindung der Akteure vor Ort werde zudem ein Netzwerk geschaffen, welches dem fortlaufenden Austausch und der kooperativen Zusammenarbeit der Akteure diene. Im Ergebnis solle in mehreren Phasen ein gemeinsames Handlungskonzept entwickelt werden. Hierfür finde am 03.03.2015 eine Auftaktveranstaltung mit den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis statt, in deren Rahmen man sich kennen lernen, austauschen und Inhalte besprechen wolle. In diesem Zusammenhang werde für die Analyse der bestehenden Angebote und Bedarfe ein Fragebogen an die Kommunen ausgegeben, der noch in Arbeit sei. Des Weiteren finde am 16.02.2015 in Rotenburg ein vom Landkreis Verden organisiertes Netzwerktreffen mit überregionalen Netzwerkpartnern statt.

Abg. Bussenius erkundigt sich, inwieweit seitens der Gemeinden Aktionen stattfinden. Einige seien sehr aktiv, andere befänden sich noch im Anfangsstadium und von wieder anderen höre man gar nichts, berichtet **VA Schröder**. **Vors. Borngräber** möchte wissen, ob es gemeindeseitig schon Kontaktaufnahmen zu der Koordinierungsstelle gegeben habe, da öffentlich bereits Kritik an einem vermeintlich schleppenden Vorgehen geäußert worden sei. Bislang scharre noch niemand vor der Tür, stellt **VA Schröder** fest. Es gebe jedoch Nachfragen zum allgemeinen Auftrag der Koordinierungsstelle und auch zu den weiteren Schritten. Hier müsse man Geduld aufbringen. Die Auftaktveranstaltung am 03.03.2015 sei ein wichtiger Schritt und der richtige Weg, merkt **Abg. H.-G. Bargfrede** an und erkundigt sich, welche Vereine man in diesem Zusammenhang ansprechen wolle. Es handele sich um ein weites Feld, erklärt **VA Altun**. Die Arbeit der Koordinierungsstelle beschränke sich nicht auf das Thema Asyl, daher werde man beispielsweise auch auf Sportvereine zugehen.

Ob sich auch mit der Problematik der Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigt werde, möchte **Abg. H.-G. Bargfrede** wissen. Dieses Thema betreffe natürlich auch die Arbeit der Koordinierungsstelle, führt **KVD'in Colshorn** aus, jedoch dürfe man die Stelle nicht darauf reduzieren, zumal der Kreis das Unterbringungsproblem nicht lösen könne. Im nächsten Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales werde im Übrigen ausführlich zu der Flüchtlingsproblematik berichtet. Die Gemeinden würden diesbezüglich an ihre Grenzen stoßen, merkt **Abg. Behrens** an und **Vors. Borngräber** ergänzt, dass anderenorts eine Unterbringung in Massenunterkünften oder Containern erfolge und die Kreise diese Aufgaben übernehmen würden. Hierbei müsse bedacht werden, dass die Unterbringung von Flüchtlingen durch den Landkreis sich nicht unerheblich auf die Kreisumlage auswirken würde, erklärt **Landrat Luttmann**. Zudem seien die Probleme in anderen Kreisen wesentlich größer. Die Verteilung der Asylbewerber konzentriere sich angesichts der häufig eingeschränkten Mobilität überwiegend auf die Kernorte, so dass freie Gebäude in Randlage oder kleineren Ortschaften vielfach nicht in Betracht kommen würden, bemerkt **Abg. Krahn**. Auf Nachfrage von **Vors. Borngräber** zur Zuweisung von Flüchtlingen teilt **Landrat Luttmann** mit, dass das Land nach Einwohnerschlüssel verteile.

Zurückkommend auf die Unterbringungsfrage merkt **Abg. Bussenius** an, es scheine der richtige Weg zu sein, dieses Thema in der Zuständigkeit der Gemeinden zu belassen. In Bremervörde beispielsweise laufe es derzeit noch gut. Ein anderes gravierendes Problem sei die Sprache und in diesem Zusammenhang die fehlenden Mittel für zusätzliche Lehrkräfte. Auch das Thema Sprache werde im Zusammenhang mit dem Sachbericht zum Thema „Asyl“ im nächsten Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales aufgegriffen, teilt **KVD´in Colshorn** mit.

Im Weiteren informiert die **KVD´in Colshorn** über das Projekt „Willkommen“ der BNVHS (*Anmerkung der Protokollführerin: siehe Artikel in der Rotenburger Kreiszeitung vom 10.02.2015*). Aus Arbeitsvermittlungsperspektive handele es sich um ein sinnvolles Projekt. **KOAR Glüsing** weist in diesem Zusammenhang erneut darauf hin, dass die Zuständigkeit im Bereich Vermittlung von Personen im laufenden Asylverfahren bei der Agentur für Arbeit liege und das Jobcenter insofern erst im Anschluss einsteigen könne.

Abschließend berichtet **KOAR Glüsing** zum aktuellen Sachstand bezüglich der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber. Am 12.01.2015 habe ein Gespräch mit den Ordnungsämtern der Gemeinden zu diesem Thema stattgefunden. Es bestehe die Möglichkeit, je Kommune bis zu drei Arbeitsgelegenheiten anzuerkennen. Eine erste Arbeitsgelegenheit werde bei Erfüllen der Voraussetzungen ohne Weiteres anerkannt, eine weitere aber nur, wenn von der Kommune auch eine Arbeitsgelegenheit für SGB II-Bezieher angeboten würde und eine dritte Stelle würde in Abhängigkeit von der Attraktivität des integrationsfördernden Rahmenprogramms anerkannt. Zudem sei man bei der Überprüfung des SGB II-Kundenbestandes hinsichtlich infrage kommender Personen für eine Einstellung durch die Kommunen zur Unterstützung in diesem Bereich fündig geworden und könne hier einige Personen vorschlagen. Diesbezüglich werde das Jobcenter in Kürze auf die Kommunen zugehen.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns**
Vorlage: 2011-16/0971

KOAR Glüsing nimmt einleitend Bezug auf das seit dem 01.01.2015 geltende Mindestlohngesetz und übergibt an **VA Oberstedt**, der die Anwesenden anhand einer Präsentation allgemein über den Mindestlohn und dessen Auswirkungen auf die Arbeit im Jobcenter informiert (*Anmerkung der Protokollführerin: die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt*).

Punkt 8 der Tagesordnung: **Sachstand zum ESF-Projekt „Wegweiser Jugend & Beruf“**
Vorlage: 2011-16/0973

VA Schumann gibt einen kurzen Einblick zum Hintergrund des ESF-Projektes „Wegweiser Jugend & Beruf“ und stellt die bisherigen Schritte und den aktuellen Sachstand in einer Präsentation vor (*Anmerkung der Protokollführerin: die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt*).

Auf Nachfrage von **Frau Pommerien** zu den einbezogenen Institutionen führt **VA Schumann** aus, dass das Projekt dem Bereich des Pro Aktiv Centers (PACE) entstamme und sich das System noch im Aufbau befinde. Das Projekt starte nun und die Entwicklung bleibe abzuwarten. Die spannende Phase beginne mit der Netzwerkarbeit.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Krahn nimmt Bezug auf die Sitzung vom 09.12.2014 und erkundigt sich nach dem Sachstand zu der gewünschten Übersicht über sämtliche mit freiwilligen Leistungen bezuschusste Projekte. Hierzu werde in der nächsten Sitzung im April berichtet, verspricht **KOAR Glüsing**.

Vors. Borngräber schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:27 Uhr.

gez. Borngräber
Vorsitzender

gez. Luttmann
Landrat

gez. Sonnenberg
Protokollführung